

Kommission Sozialpolitik und Gesellschaft

Postfach 4 20, 79004 Freiburg  
Karlstraße 40, 79104 Freiburg  
Telefon-Zentrale 0761 200-0Ihr Ansprechpartner  
Dr. Thomas Becker  
Telefon-Durchwahl 0761 200-245  
Telefax 0761 200-11675  
Email: thomas.becker@caritas.de  
www.caritas.de

Datum 03.07.2019

## Impulspapier der Kommission Sozialpolitik und Gesellschaft der Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes

### **Sozial braucht digital – für gleichwertige Lebensverhältnisse in der digitalen Gesellschaft**

Der Mensch lebt nicht für sich allein, sondern hat ein Bedürfnis nach Begegnung. Daraus leitet sich die Aufgabe der christlichen Kirchen ab, Menschen in Beziehung zueinander zu bringen und Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der Deutsche Caritasverband aufmerksam die aktuellen Debatten um die Gestaltung sozialer Räume und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.<sup>1</sup> Das Postulat der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist in der Raumordnungspolitik als räumliches Pendant zum Sozialstaatsprinzip verankert und „erweitert so den sozialen Teilhabegedanken um eine föderale räumliche Dimension.“<sup>2</sup> Dabei besagt es nicht, dass an jedem Ort identische Lebensverhältnisse vorherrschen müssen, sondern es zielt vielmehr auf die Sicherung von gleichwertigen Zugängen und gerechten Chancen im jeweiligen Sozialraum.

Mit dem vorliegenden Papier möchte der Deutsche Caritasverband sich mit zwei Aspekten in die Diskussion einbringen. Zum einen fordert er, bei der Bestimmung der Gleichwertigkeit sowohl die individuelle Perspektive als auch die Gemeinschaftsperspektive zu beachten. Zum anderen weist er daraufhin, dass im Zuge der digitalen Transformation der Raum nicht nur geografisch zu deuten ist, sondern auch die sozialräumliche Perspektive virtueller und hybrider Räume zu berücksichtigen ist. Dazu beleuchtet das Papier zunächst die Hebel zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im geografischen wie im virtuellen Raum, ehe es die Implikationen für hybride Räume<sup>3</sup> unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung der öffentlichen Hand aufzeigt.

---

<sup>1</sup> Die neue caritas widmete in ihrem Heft 7/2019 der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ einen Schwerpunkt. Im vorliegenden Papier wird an einigen Stellen aus dem Beitrag „Ziel ist ein gutes Lebensumfeld für alle“ von Antje Markfort zitiert.

<sup>2</sup> Jens Kersten, Claudia Neu, Berthold Vogel: Regionale Daseinsvorsorge. Begriff, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe, hg. von Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2015 <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11182.pdf>

<sup>3</sup> Hybrid bedeutet, dass etwas kombiniert ist, die beiden Teile aber nicht zu einem neuen Dritten verschmolzen sind – man kann die unterschiedlichen Herkünfte und Beschaffenheiten weiter wahrnehmen. In den hybriden Sozialräumen sind analoge und digitale Anteile miteinander verwoben, ergänzen sich gegenseitig – aber keine der beiden Wirklichkeiten geht in der anderen vollständig auf. Vgl. dazu Jonas Meine: Hybride Sozialräume durch digitale Netz-

## Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im geografischen Raum

Deutet man die räumliche Dimension geografisch, ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht nur dort gefährdet, wo in Ballungszentren hohe Mieten das Wohnen für manche Gruppen unbezahlbar machen, sondern auch dort, wo Kommunen mit der Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Daseinsvorsorge finanziell überfordert sind.

Der Zugang zu Infrastrukturen der Daseinsvorsorge gilt als entscheidender Stellhebel zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Exemplarisch soll an dieser Stelle daher der Fokus auf von Abwanderung betroffenen ländlich-peripheren Kommunen liegen, welche die Daseinsvorsorge für immer weniger Einwohner\_innen kaum aufrechterhalten können. Dort rechnet sich oftmals die Nahversorgung in den einzelnen Dörfern nicht mehr, die Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs verlagert sich in größere Einkaufszentren. Problematisch ist dies für all diejenigen, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind – sei es, dass sie keinen Führerschein haben oder sich kein Auto leisten können. Denn mit dem öffentlichen Nahverkehr erreicht lediglich ein gutes Drittel der ländlichen Bevölkerung das nächste Oberzentrum innerhalb von 30 Minuten.<sup>4</sup> So verwundert es kaum, dass die Mobilität im ländlichen Raum gemeinhin als die größte Herausforderung für gute Lebensbedingungen angesehen wird. Die Caritas sieht hier dringenden Handlungsbedarf, öffentliche Mobilitätskonzepte voranzubringen und die Kommunen bei deren Umsetzung zu unterstützen.

Zugleich steht nicht nur die Versorgung mit dem alltäglichen Bedarf auf dem Spiel, wenn sich die Nahversorger aus den Dorfzentren zurückziehen und sich auch das Wirtshaus nicht rentiert. Selbst die Präsenz der Kirche nimmt aus vielfältigen Gründen ab. Die verbandliche Caritas hat vor allem die Auswirkungen auf die Dorfgemeinschaft im Blick. Vom Tante-Emma-Laden bis zur Post sind die Nahversorger neben den das Dorfleben prägenden Vereinen stets Räume der Begegnung und des Austauschs. Die unerfüllte Sehnsucht nach zwischenmenschlichen Beziehungen bekommt die Caritas über ihre Dienste und Einrichtungen – seien es ambulante Pflegedienste oder caritative Besuchsdienste – immer mehr zu spüren.<sup>5</sup>

Aus Sicht der Caritas muss die Politik mit ihrer Infrastrukturpolitik diese beiden Dimensionen bedienen. Dies kann gelingen, wenn sie für eine angemessene infrastrukturelle Grundversorgung sorgt, die die Region in die überregionale, landesweite und auch europäische Infrastrukturvernetzung integriert und so territoriale, wirtschaftliche und soziale Kohäsion fördert. Dabei genügt es nicht, über eine Infrastrukturförderung lediglich wirtschaftliche Strukturprobleme verbessern zu wollen. Vielmehr müssen soziale Faktoren wie der soziale Ausgleich, die soziale Sicherheit und die soziale Gerechtigkeit für die Gestaltung der Daseinsvorsorge eine Rolle spielen. Hierfür müssen Indikatoren gefunden werden, die dann vor dem Hintergrund einer möglichen Infrastrukturförderung zur Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse herangezogen werden.

---

werkstrukturen im Stadtteil, in: Gestaltung des Sozial- und Gesundheitswesens im Zeitalter von Digitalisierung und technischer Assistenz, hg. von Tim Hagemann. Baden-Baden, 2017, 21-34.

<sup>4</sup> BMEL: Ländliche Regionen verstehen. Fakten und Hintergründe zum Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen, 32.

<sup>5</sup> Die Malteser stellen über ihren Hausnotrufdienst kaum Unterschiede im Gesprächsbedarf aufgrund von Einsamkeit zwischen Stadt und Land fest. So firmieren sich auch vermehrt in den Städten Initiativen und Bündnisse gegen Einsamkeit, wie beispielsweise in Bremen, wo ein Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden und weiteren Partnern mit dem Projekt „Herbsthelfer“ Räume der Begegnung für Senior(inn)en schafft.

### **Das Engagement der Caritas<sup>6</sup>**

Vor allem aus dem Antrieb, Besuch und Begegnung zu ermöglichen, sucht die verbandliche Caritas im ländlichen Raum nach Möglichkeiten der Unterstützung. Angebote wie die Mitfahrerbank in der Eifel ergänzen niedrigschwellig vorhandene Mobilitätskonzepte, welche en passant die Begegnung und das Miteinander stärken.

Bei den Dorfläden, welche die Caritas beispielsweise im CAP-Markt in Hundsagen betreibt, ist die Aufrechterhaltung der Nahversorgung nur ein Teilziel des Konzepts: das mitgedachte Café lässt sie zu lebendigen Orten der Begegnung werden.

In manchen Orten – wie in Ovenhausen – gibt es ehrenamtliche „Kümmerer“ und digitale Vernetzungsinitiativen (der Caritaskonferenzen Deutschlands), die Bedarfe und Ideen für neue Handlungsansätze „im sorgenden Dorf“ aufnehmen. Andere setzen auf eine mobile Beratung: Mit einem Beratungsbuss werden die Dörfer abgefahren und soziale Beratung ermöglicht.

### **Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im virtuellen Raum**

Eine rein geografische Interpretation der räumlichen Dimension greift jedoch zu kurz. Wer schon einmal Bilder per Messengerdienst an Verwandte und Freund\_innen in der Ferne versandt, sich in Internetforen über Kochrezepte oder Kindererziehung ausgetauscht oder ein spezielles Ersatzteil im Internet bestellt hat, der kennt die (sozial-)räumliche Dimension des Internets aus eigener Erfahrung: Geografisch-räumliche Distanzen werden überwunden, Kommunikation findet auch über weite Entfernungen in Echtzeit statt – es entsteht ein virtueller Kommunikations- und Beziehungsraum, der den analogen Raum ergänzt.

Auch für den virtuellen Raum stellt sich die Frage, wie es um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bestellt ist. Von der zu behebenden ungleichen Breitbandversorgung einmal abgesehen, tritt die Ungleichheit zwischen Stadt und Land in den Hintergrund: Ein Kabel oder das WLAN-Passwort eröffnet die Tür zum virtuellen Raum, in dem zumindest auf den ersten Blick dank Netzneutralität bei der Datennutzung alle die gleichen Chancen haben. Auf den zweiten Blick jedoch erschließt sich der Unterschied zwischen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. So haben zwar faktisch alle die gleichen Chancen – die Fähigkeiten, diese Chancen zu nutzen sind jedoch ungleich verteilt. Während digital Affine die Chancen des virtuellen Raumes auszuschöpfen wissen, sich mit Gleichgesinnten zusammentun und ihre Interessen gemeinsam voranbringen, ist digital Abseitsstehenden das Internet zu kompliziert. Damit sie die Chancen des digitalen Raumes nutzen und an der digitalisierten Gesellschaft teilhaben können, benötigen sie entsprechend zugeschnittene Angebote und gegebenenfalls Unterstützung. Auch im digitalen Raum wird die (virtuelle) Mobilität der Nutzer\_innen folglich zum entscheidenden Kriterium für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Ansätze wie das Qualifizierungschancengesetz sind daher weiter zu entwickeln. Dabei ist auch darauf zu achten, dass auch die Teilhabechancen derer im Blick sind, die z.B. als Langzeiterwerbslose keine Möglichkeiten haben „on the job“ Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen oder

<sup>6</sup> Informationen zur Mitfahrerbank finden Sie unter <https://bit.ly/2v12Lwf>, zum sorgenden Dorf Ovenhausen unter [www.ovenhausen-digital.de](http://www.ovenhausen-digital.de) und zum CAP-Markt unter <https://bit.ly/2v12Lwf>

die wie Niedrigqualifizierte, ältere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund bisher unterdurchschnittlich von Weiterbildungsangeboten profitieren.

## Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im hybriden Sozialraum

Faktisch stellen sich die beiden beleuchteten Dimensionen des Raumes nicht getrennt dar, sie sind im hybriden Sozialraum miteinander verwoben. Daraus ergeben sich für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse neue Chancen.

Zum einen können digitale Tools und Plattformen die Organisation von räumlicher Mobilität unterstützen. So erleichtern „Ridesharing-Plattformen“ die Organisation von Fahrgemeinschaften zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Gottesdienst.<sup>7</sup> Aber auch die Mobilität von Gütern lässt sich verbessern, beispielsweise über digital koordinierte Mitbringdienste.<sup>8</sup> So können die digitalen Werkzeuge dazu dienen, lokale gemeinwohlorientierte Ökonomie-Ansätze zu stärken.

### **Gemeinwohlorientierte Ökonomie-Ansätze**

In der Caritas gibt es ein hohes Maß an Sympathie für lokale, soziale und ökologische Ökonomie-Ansätze. Hierbei existiert eine große unterschiedliche Breite von lokalen ökonomischen Ansätzen. Allgemein lässt sie sich als „Gesamtheit aller auf die Entwicklung eines Ortes [...] bezogenen wirtschaftlichen Aktivitäten“<sup>9</sup> beschreiben. Daneben werden am Gemeinwohl orientierte Ökonomie-Ansätze ebenfalls positiv eingeschätzt.

Neben den Dimensionen der marktvermittelnden Wirtschaft, der öffentlich finanzierten Beschäftigung und Qualifizierung sowie der sozialen Ökonomie beinhaltet die lokale Ökonomie auch Teile der informellen Ökonomie wie unbezahlte Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe, Genossenschaftsmodelle und die ökologische Entwicklung der Wirtschaft. Der Bereich der sozialen Ökonomie umfasst hierbei Stadtteilagenturen, Beratungsstellen oder Begegnungsorte wie Kulturcafés.

Diese Ökonomie-Ansätze verstehen sich oft explizit als Alternative zum vorherrschenden gewinnmaximierenden und rein wachstumsorientierten Ökonomieverständnis mit all seinen Problemen.

Zum anderen können digitale Tools und Plattformen neue Wege zu analogen Räumen der Begegnung eröffnen: die Dorfbibliothek könnte attraktiver werden, wenn sie neben den gedruckten Büchern auch E-Books zur Ausleihe anbietet. Für Ehrenamtliche bieten sich zunächst Chancen zur besseren Vernetzung. Aber auch in der fachlichen Unterstützung könnten Ehrenamtliche von digitalen Tools profitieren: wer sich auf dem Land für Flüchtlinge engagiert, freut sich über das Angebot des Videodolmetschens oder die Beratung durch einen Fachdienst per Videokonferenz. Im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung könnte dieses Modell auch für

<sup>7</sup> Das Pendlerportal oder das „Höri-Mit“-Mitfahrsystem am westlichen Bodensee dienen als Beispiele.

<sup>8</sup> Das Projekt „Digitale Dörfer“ des Fraunhofer IESE entwickelt „Konzepte und Lösungen, die die Chancen einer ganzheitlichen Betrachtungsweise des Themas der Digitalisierung im Sinne eines digitalen Ökosystems aufzeigen“ (s. <https://www.digitale-doerfer.de/das-projekt/>). Ein Element stellt die „BestellBar“ dar, ein Online-Marktplatz, in dem Produkte der regionalen Einzelhändler dargestellt werden. In Kombination mit der „LieferBar“, dem Mitbring-Service der Gemeinde, können sich die Kund(inn)en die Produkte durch Nachbar(inne)n nach Hause liefern lassen.

<sup>9</sup> Birkhölzer, K.: Formen und Reichweite lokaler Ökonomien. In: Ihmig, H. (Hrsg.) (2000): Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital. S. 56-64

Hauptamtliche interessant sein: Wie die „Gemeindeschwestern“ für die Versorgung von Patient\_innen in ländlich-peripheren Räumen Sorge trugen, können auch heute (speziell geschulte) Pflegekräfte als erste medizinische Ansprechpartner\_innen dienen, die im Bedarfsfall via eHealth-Module Fachärzt\_innen hinzuziehen.

## Die Digitalisierung der öffentlichen Hand und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Die öffentliche Hand setzt zur besseren Erreichbarkeit auf Online-Zugänge, die sich in den nächsten Jahren zu einem umfassenden Portalverbund<sup>10</sup> entwickeln sollen. Damit trifft die Verwaltung auf die Erwartungen ihrer Bürgerinnen und Bürger, wie eine repräsentative Bitkom-Studie zeigt. Demnach würden 75% der Befragten gerne „Behörden- und Verwaltungsangelegenheiten über das Internet erledigen, etwa den Wohnsitz ummelden oder Kindergeld beantragen“<sup>11</sup>. Die Befragten schreiben der Digitalisierung weitere Chancen zu: So erhofft sich die Hälfte der Befragten, dass mit Hilfe „der Digitalisierung gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land hergestellt werden“. Acht von zehn Befragten gehen davon aus, dass „abgehängte Städte und Gemeinden von der Digitalisierung besonders profitieren könnten“.

Der Deutsche Caritasverband begrüßt diese Entwicklung grundsätzlich, erinnert jedoch daran, dass nach wie vor zehn Millionen Menschen offline sind. Für diese müssen Angebote der Daseinsvorsorge weiterhin analog erreichbar sein oder Hilfestellungen entwickelt werden, um Lücken ortsnahe zu schließen, beispielsweise über betreute Online-Zugänge in Bürger- und Gemeindehäusern. Außerdem ist bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes auf die Nutzerzentrierung zu achten. Insoweit kommt den Wohlfahrtsverbänden als gemeinwohlorientiertem „Gerüst der sozialen Infrastruktur“ in der Daseinsvorsorge eine besondere Verantwortung zu. Sie sind intermediäre Instanzen, die zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch zwischen Staat und Wirtschaft vermitteln und Solidarität in der Gesellschaft fördern. Die öffentliche Hand kann daher in entscheidendem Maße davon profitieren, wenn sie die Anbieter bei der Gestaltung der Zugänge zu Angeboten der Daseinsvorsorge einbezieht.

## Sozial braucht digital – für gleichwertige Lebensverhältnisse in der digitalisierten Gesellschaft

Um im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse die Zugänge und Chancen für ein gelingendes Leben für jeden Sozialraum zu entfalten, bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes. Die von der Bundesregierung unter Vorsitz des Bundesinnenministeriums eingesetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ muss sich daher in die Debatte einbringen und bekennen, dass die Einrichtungen der Daseinsvorsorge dazu beitragen, Kohäsion zu sichern (das heißt eine Struktur des Zusammenhalts zu schaffen), soziale Integration zu gewährleisten (die Teilhabe aller Menschen in ihrer Vielfalt sicherzustellen), Innovation zu ermöglichen (veränderungs- und anpassungsfähig zu sein) und einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Wir brauchen in einem weiteren Schritt neue rechtliche Instrumentarien, um vor diesem Hintergrund den Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse umsetzen zu können. Die Einführung einer „Gemein-

---

<sup>10</sup> Diese Entwicklung wird durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) beschrieben.

<sup>11</sup> <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Stadt-Land-Frust-Zwei-von-drei-Buergern-finden-ihren-Wohnort-nicht-digital.html>

schaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge“ bringt die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verfassungsrechtlich zum Ausdruck und zeigt den sozialen, politischen und ökonomischen Mehrwert zur gegenwärtigen Rechts- und Verfassungslage.

Dabei darf sich die Daseinsvorsorge nicht allein auf den geografischen Raum beschränken. Im virtuellen Raum ergeben sich neue, eigene Ungleichwertigkeiten, die eigens behoben werden müssen. Umfangreiche Befähigungsinitiativen zum Erwerb digitaler Kompetenzen für alle Altersgruppen sind dazu auf den Weg zu bringen und als Teil der sozialen Daseinsvorsorge als Teilhabeermöglichung zu verstehen.

Wenn all dies gelingt, wird deutlich, dass ein wohlverstandener Einsatz digitaler Werkzeuge im Dienste der Menschen zu seiner Entfaltung individuell und in der Gemeinschaft beiträgt.

Freiburg 03. Juli 2019

Prälat Dr. Peter Neher  
Präsident